

Winkel, 26.12.2007

Frau Micheline Calmy-Rey
Bundespräsidentin
Bundeshaus
3000 Bern

GV der Gesellschaft Schweiz-Israel, mein Brief vom 14. Oktober 2007

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Calmy-Rey

Ich weiss nicht, warum mein Brief vom 14. Oktober unbeantwortet blieb (Anlage). Am Fleiss unserer Post oder Ihrer Beamten wage ich nicht zu zweifeln, dennoch habe ich in meinem Briefkasten nie eine Antwort von Ihnen gefunden.

Ich stelle fest, dass Sie am 9. Dezember 2007 die Gelegenheit verpasst haben, die Freunde von Israel auf das schreckliche Drama, das sich im zum „feindlichen Gebiet“ erklärten Gaza Streifen abspielt, aufmerksam zu machen. Einmal mehr können Israel und die Freunde Israels sich freuen: Die systematischen Verletzungen der Menschenrechte und die Bestrafung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten wird geduldet - trotz gelegentlicher schüchterner Kritik ist der Westen immer grundsätzlich bereit, **wegzuschauen**. In Ihrer langen Ansprache haben Sie *buchstäblich kein Wort* über die Leiden der Palästinenser verloren: Gewiss, in allgemeinen Floskeln wie „die Schweiz hat eine besondere Verantwortung für die Verantwortung des Völkerrechts“ können aufmerksame und gutmütige Zuhörer einen Hauch von Kritik an der Politik von Israel vermuten. Auch hat DEZA Chef Fürst hat ja im Oktober die Situation in Gaza und die „verhängnisvollen Auswirkungen der Besatzung“ erwähnt, somit ging die Schweiz eher etwas weiter als der Rest von Europa (Norwegen ausgenommen). Doch **das reicht nicht!** Solche kritischen Äusserungen am Rand sind bedeutungslos, wenn einige Wochen später **die Bundespräsidentin selbst Israel lobt, wie wenn es ein Muster von Demokratie und Gerechtigkeit wäre, wie wenn es keine Besatzung keinen Ausbau der jüdischen Siedlungen, keine Roadblocks, keine Apartheid-Mauer, keine tägliche Zerstörung der Grundlage des Palästinensischen Volkes, keine tägliche Tötung von Zivilisten gäbe.**

Nur wurden Sie von Ihren israelischen Freunden schlecht belohnt: **Selbst die vorsichtigen Bemerkungen, die Sie vor einem Jahr anlässlich des Libanon-Krieges gemacht haben, sind für Israel bereits zu viel:** Der israelische Botschafter beklagte sich darüber, dass sich die Schweiz im Palästina-Konflikt, im Libanon Krieg oder im Streit mit Iran „einschaltet“, und dies erst noch „einseitig“. Angeblich „schwächt das die internationale Gemeinschaft“.

Was Israel damit beabsichtigt, ist klar:

Palästina: Nach Annapolis haben die israelischen Politiker die Maske fallen lassen und ihre Bedingungen für den Frieden erkennen lassen: Die Grenzen zum „Palästinenser-Staat“ werden entlang der Apartheid-Mauer verlaufen, Israel wird die Siedlungen behalten, Israel wird Ost-Jerusalem behalten, Israel wird über die Flüchtlinge von 1948 nicht reden. Das gibt sicher keinen Frieden und keine Ruhe, sondern führt zur Fortsetzung des jetzigen Konfliktes. Aber Israel hofft, die USA und die EU für diese Lösung zu gewinnen, also soll sich hier niemand „einmischen“ und - selbst mit harmlosen kritischen Bemerkungen - die weitere ethnische Säuberung stören.

Iran: Israel möchte unbedingt (mit offener oder heimlicher Unterstützung von Bush) im 2008 einen Militärschlag gegen Iran ausführen, wenn möglich mit Atomwaffen. Auch da soll sich niemand „einmischen“ und ein kritisches Votum abgeben.

Mit seinen Äusserungen hat der israelische Botschafter in grober Weise Druck auf unser Land gemacht, damit sich die Schweiz - ähnlich wie die USA und die EU - bedingungslos hinter die kriegerische Politik von Israel stellt. Diese Politik der Besetzung, des Krieges, der Spannungen, der ethnischen Reinigung wird nie Frieden in den Nahen Osten bringen.

Ich will trotz allem hoffen, dass Sie, Frau Bundespräsidentin Calmy-Rey, dem israelischen Druck nicht nachgeben werden. Sie sind über die täglichen Gräueltaten in den besetzten gebieten bestens informiert: Geben Sie sich doch bitte nicht mit einer gelegentlichen scheuen Kritik an Israel zufrieden, zum Beispiel wenn es ein Nachbarland angreift, 1100 Zivilisten töten und das Land mit Millionen von Streubomben überdeckt. Finden Sie - bei aller diplomatischen Vorsicht - doch den Mut, die Politik von Israel gegenüber den Palästinensern gebührend und mit fester Stimme zu kritisieren, sodass Israel endlich einen echten Druck spürt, und es ihm schwieriger wird, die Besatzung fortzusetzen. Das wäre ein echter Beitrag, um den „Schock der Zivilisationen“, den Sie verhindern möchten, zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüssen

Laurent Vonwiller
Vorstandmitglied Paso (Palästina Solidarität) Region Basel
Gesellschaft Schweiz-Palästina

Beilage: Brief vom 14.10.2007 (Kopie)